

Klimaschutz vs. Arbeitsplätze – Nein zur Verunglimpfung von Klimaschützern!

Die Nachrichten von dem Verlauf der Kundgebung der IG BCE am 16. Oktober, bei dem Demonstrierende vor das Wohnhaus der Klimaaktivistin Antje Grothus zogen, um sie zu aggressiv zu verunglimpfen, haben uns erschüttert.

In der politischen Auseinandersetzung um die Braunkohle ist es selbstverständlich legitim, dass Beschäftigte aus Tagebauen und Kraftwerken ihre Meinung lautstark auf die Straße tragen. Proteste sind ein essentieller Beitrag dazu, dass Interessenskonflikte gesellschaftlich spürbar und medial sichtbar werden. Dass allerdings die Vertreter*innen der Klimabewegung Antje Grothus und Michael Zobel als „Arbeitnehmerfeinde Nr. 1“ bezeichnet und als Sündenböcke hingestellt werden, lenkt ab von den eigentlich Ursachen des Konflikts in unserem Wirtschaftssystem und einer verfehlten Klimapolitik und Unternehmensführung. Antje Grothus und ihre Familie vor ihrem Haus in ihrem privaten Umfeld zu bedrängen, um sie in ihrer Arbeit für die Bürgerinitiative „Buirer für Buir“ und in ihrer Mitwirkung in der „Kohlekommission“ einschüchtern zu wollen, überschreitet die Grenze des Zumutbaren.

Wir sind selbst als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seit vielen Jahren gewerkschaftlich aktiv, setzen uns dafür ein, dass technologische und ökonomische Veränderungen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden. Der Untergang einst tragender Industrien ist nichts Neues, denkt man an die Abwanderung der Textilindustrie nach Fernost, den Niedergang des Steinkohlenbergbaus oder die Abwicklung der Chemieindustrie in der DDR. An diesen Beispielen wird deutlich, wie den Arbeitnehmer*innen die Lasten des Strukturwandels aufgebürdet wurden. Dies darf sich bei dem bevorstehenden Ausstieg aus der Braunkohle nicht wiederholen! Doch bei allem Verständnis für die Zukunftsangst der Belegschaften in den Braunkohlerevieren wiegt das Wohlergehen von Mensch und Erde in den nächsten Generationen schwerer als das Interesse eines Energiekonzerns, das Maximale aus Natur und Arbeitskraft herauszuholen.

Was uns empört, ist wie sich in der IG BCE organisierte Betriebsräte und Beschäftigte instrumentalisieren lassen für die Interessen des Großkonzerns RWE. Zwar erkennen wir die öffentliche Distanzierung der Gewerkschaft von dem Vorfall bei Antje Grothus an, es bleibt jedoch zu fragen, in wie fern die Hetze gegen die Klimabewegung erst die Grundlage bildet für solche Grenzüberschreitungen. Mit der Kampagne „Schnauze voll“ wendet sich die IG BCE gegen vermeintliche Gewalt von Seiten der jungen Menschen von Klimacamp und „Ende Gelände“, obwohl diese den Dialog suchen. Ihre Aktionen zivilen Ungehorsams richten sich gegen die Kohleinfrastruktur und eindeutig nicht gegen einzelne Beschäftigte. Im Einklang mit RWE weigert sich die IG BCE anzuerkennen, dass der Kohleausstieg nur noch eine Frage der Zeit ist, dass Politik und Unternehmen viel zu spät oder gar nicht auf die Klimakrise reagiert haben und dass der anstehende Strukturwandel konstruktive Lösungen anstatt eines Festhaltens am Untragbaren erfordert.

Wir stellen uns als „Gewerkschafter*innen für den Klimaschutz“ hinter Antje Grothus und Michael Zobel und fordern Betriebsratsmitglieder und Beschäftigte auf, die Spielregeln von Mitmenschlichkeit und Demokratie einzuhalten. Ihr Kampf für die Interessen der RWE-Beschäftigten sollte den Verantwortlichen in Politik und Unternehmen gelten!